



Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 11.

Berlin, den 14. März 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Mhlen** (W. Stanz und Smaltrwerk A. G. vorm. J. S. R. K. Mann), **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Berlin-Schöneberg** (Hertwig), **Hangelar** (Bonner Verblenostein- und Ebonwaarenfabrik), **Mannheim-Räferthal** (Rhein. Porzellanfabrik M. Steiner), **Kolmar** (Porzellanfabrik), **Mitterteich** (Firma J. Roher), **Stadtlengsfeld** (Firma Schweizer), **Ellowitz** (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), **Necken-dorf i. Westfalen** (Firma Grefel u. Co.).

Der Vorstand.

Ostern,

ein Fest der Freude, naht heran und man atmet erleichternd auf. Der Winter ist hinter uns, der nahende Frühling läßt unsere Herzen höher schlagen und allgemein giebt man sich der Hoffnung hin, „es wird besser.“ Aber welche Täuschung erwartet uns Proletarier, wenn wir unsere heutige Wirtschaftsweise genau betrachten und hauptsächlich in unserer Porzellanindustrie, wie steht es jetzt da so trübe aus. Ich erinnere mich noch ganz gut der Ostern, es sind bereits 22 Jahre her, als auch ich die Schulbank mit dem Porzellinerschemel vertauschen mußte und freudig der Zukunft entgegen sah; waren seiner Zeit die Verhältnisse noch erträglicher als heute, jetzt sind sie so, daß man manchmal verzweifeln möchte.

Auch jetzt ist der Zeitpunkt wieder da, wo die der Schule entwachsene Jugend frohen Muthes ins Leben hinaustritt und sich einem Berufe widmen muß, resp. von ihren Eltern u. s. w. zu einem solchen verurtheilt. Der Noth gehorchend, ist in den meisten Fällen letzteres ein Mittel, um vielleicht dem im Einkommen schlecht gestellten Vater (durch große Familie oder Arakheit zc.) eine Beihilfe zu verschaffen, indem der Junge zum Familienunterhalt mit beitragen muß.

Besonders bei den Porzellanarbeitern ist es in dieser Hinsicht schlimm. Durch jede Lehrlingseinstellung werden ältere Arbeiter übrig, daß sie — nebenbei erwähnt, habe es aber schon oft erlebt — ausgelernten Arbeitern (Burschen

und Mädchen) Platz machen müssen und auch den angehenden geht es später ebenso.

Wenn man bedacht auf ein späteres Weiterkommen und auf die Porzellanerkänftigkeit nimmt, welche in unserem Berufe viele Kollegen in den besten Jahren hinwegrafft, so wäre es für uns Porzellaner Pflicht, unsere Nachkommen, wenn nur irgend möglich, einem gesünderen Berufe zuzuführen. Soll trotzdem aber aus irgend welchen Gründen der Junge in die Fabrik, so wolle man darauf sehen, daß er auch etwas lernt. Hier kommt man auf den Punkt, wo vielfach geäußert wird. Anstatt etwas lernen, ist die Hauptsache „nur Geld verdienen.“ Ich kenne Fälle, daß Jungen, die in die Lehre kamen, einen kleinen Artikel in Arbeit bekamen und am Schluß ihrer Lehrzeit (4 Jahre) sonst weiter nichts als diesen einen Artikel gemacht haben. Was hat nun ein solcher Junge gelernt? Nichts und abermals nichts. Man hat er „ausgelernt“, welche ein Hohn! Er fühlt sich stolz, daß die miserable Lehrzeit vorbei und er nun vielleicht nach seinen Gedanken frei schalten und walten kann; daß dem nicht so ist, wird er in den meisten Fällen bald an seinem eigenen Leibe bemerken. Er hat den Drang nach besserer Arbeit als Ausgelernter, erhält auch zur endlichen Abwechslung etwas anderes, aber nun kommt das dicke Ende — seine Lehrzeit geht erst los. Was bekommt ein solch junger Mensch nicht alles zu hören, wiewohl an seiner Ungeschicklichkeit nur sein Lehrer die alleinige Schuld trägt. Als Lehrling ist er sozusagen ausgepowert worden und als Ausgelernter muß er sich ducken, daß er noch etwas lernt, denn Widerreden giebt es da nicht lange, auf der Landstraße hat's noch Platz und im Arbeitsraum wird Platz für einen ihm folgenden Burschen oder Mädchen. An uns Genossen Alle tritt nach obigem Sinne die Pflicht, geschlossen für die Unterdrückten einzutreten, damit bessere Verhältnisse geschaffen werden und wir recht bald ein wirkliches Fest der Aufhebung feiern können. H.

Zur Generalversammlung.

Wieder einmal naht eine Generalversammlung. Auf's neue soll darüber beraten werden, welchen Weg wir einschlagen, der uns zum Ziele führt, zur Zusammenschließung aller in unserer Branche beschäftigten Arbeiter und

Arbeiterinnen in der Organisation. Wenn eine Organisation Erfolg erzielen soll, muß ihr der größte Prozentsatz aller im Berufe Beschäftigten angehören. Dieses Ziel zu erreichen, müßte jedes Mitgliedes heiligste Pflicht sein. Unablässig müßte Jeder bemüht sein, die Organisation auf diejenige Höhe zu bringen, welche nöthig ist, um endlich von unseren Gegnern als ein Machtfaktor anerkannt zu werden. Nur eine gute und tüchtige Organisation der Arbeiter kann erreichen, daß auch der Arbeiter die Bedingungen des Arbeitsvertrages mit festhält.

Der Unternehmer ist als ein großer oder kleiner Alleinherrscher nur zu leicht geneigt, das Existenzminimum des Arbeiters im Interesse der Konkurrenz und seines Profites herabzubringen.

Die meisten unserer Mitglieder werden einsehen, daß die Organisation so nothwendig wie das tägliche Brod ist, ja sie soll uns helfen, dasselbe reichlicher zuzuführen. Wenn wir aber zu dieser Einsicht gelangt sind, dann dürfen wir auch Agitation nicht unterlassen, wir dürfen die Mittel, die uns erst eine solche ermöglicht, nicht beschneiden. Das wäre ein verkehrter Weg. Als solchen verkehrten Weg betrachte ich den in Aussicht gestellten Antrag Rudolfsstadt, unser Verbandsorgan, „Die Ameise“, nur vierseitig herauszugeben. Ich hätte von den Rudolfsstädtern etwas anderes erwarten können als Kleinliche Sparsamkeit bei unserem wichtigsten Agitationsmittel. Wir besitzen vor der Hand doch nichts Besseres, was der Agitation mehr dient und das Mittel sollten wir uns verkürzen lassen? Nicht die Verkümmern unseres Organs sollten wir anregen, sondern wir müßten versuchen, dasselbe noch weiter auszubauen; es soll noch anregender werden im Kampfe gegen das Unternehmertum. Wie können wir aber von unserem Organ Anregung und Führung im Kampfe erlangen, wenn wir den Redakteur mit Schreibhilfsarbeit bezw. Hilfskassiererarbeit belasten? Unmöglich könnte er dann den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden.

Der Redakteur soll, zumal er ja auch die Expeditionarbeit mit leistet, frei von allen Nebenarbeiten sein. Seine ganze Aufmerksamkeit soll sich nur auf den einen Punkt konzentriren, wie redigiere ich mein Blatt am zweckmäßigsten. Ich hoffe, daß der eventuelle

Antrag von der Generalversammlung abgelehnt wird. Bei Annahme desselben würde die Organisation nur Schaden leiden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eine gewisse „Angstmeierei“ aufmerksam machen. Dieses wird in unserem Organ von Zählstellen darauf verwiesen, daß es taktisch nicht richtig sei, wenn die Verdienste oder die Akkordpreise in dem oder jenem Geschäft veröffentlicht werden. Man wendet ein, daß die Unternehmer auf derartige niedere Löhne aufmerksam gemacht werden. Ich bin nun der Überzeugung, daß unsere Unternehmer die Löhne, welche in den einzelnen Fabriken gezahlt werden, sehr genau kennen, auch wenn sie nicht im Organ veröffentlicht sind. Ja, ich glaube sogar mit Grund annehmen zu können, daß die verschiedenen Unternehmerverbände nach einer gleichen Schablone handeln. Ich kann mir die Gleichmäßigkeit der gezahlten niederen Löhne nicht anders erklären. Wer schon viele „Buden“ kennen gelernt hat, wird mir dieses bestätigen können.

Das Bestreben, die Lebenslage des Arbeiters auf ein niedriges Niveau herabzudrücken, zeigt sich mit einer Gleichmäßigkeit, die einen in Staunen setzt. Meine Meinung ist, daß das Unternehmertum nicht erst durch unsere Veröffentlichung bezüglich der Löhne aufgeklärt wird. Ich halte es aber für notwendig, unsere mitleidige Lage in der Öffentlichkeit klar zu legen. Alle Welt soll wissen, auf welcher niedrigen Stufe die Lebenshaltung der Porzellanarbeiter seitens des Unternehmertums herabgedrückt wird.

Ich will mich nun wieder der Generalversammlung zuwenden. Es wäre zu wünschen, daß man sich bei der diesmaligen Generalversammlung nicht so lange Zeit über Statutenänderung unterhält oder gar der Schiedsgerichtsfrage einer allzu großen Bedeutung beilegt, sondern mehr Fragen prinzipieller Bedeutung diskutiert; also Fragen, die der modernen Arbeiterbewegung entsprechen. Da wäre vor allen Dingen die Organisation unserer Arbeiterinnen einer gründlichen Besprechung würdig. Was wir bis jetzt in dieser Sache erreicht, ist gleich Null; trotzdem die Frauenarbeit in unserem Berufe eine solche verhängnisvolle Rolle spielt, drückt man sich um diese Aufgabe wie die Kage um den heißen Brei. In unseren Forderungen ist dieses ein Blümlein, rühr mich nicht an. Es wäre die Frage aufzuwerfen, warum haben wir bis jetzt so geringe Resultate erzielt?

Steht die Erfolglosigkeit an unserer lässigen Agitation oder findet die Frau in unseren Unterstützungsvereinigungen nicht das, was ihr zum Vortheil gereichen kann? Ich glaube, bei diesen Fragen wäre der Schlüssel zu finden, wenn wir größere Erfolge erlangen wollen. Das die Agitation für die Organisation der Frauen nur lässig oder gar nicht betrieben wird, kann mir Niemand abstreiten, der die Verhältnisse kennt. Die Mehrzahl der Kollegen steht den Frauen feindselig gegenüber, man betrachtet die Frau als die lästige Konkurrentin, die eben bekämpft, als zu uns herangezogen wird. Man verkennt theilweise unsere typische Stellung. Man stellt sich auf den Standpunkt des Philisters, die Frau gehöre in das Haus; soweit es sich um Mädchen handelt, giebt man ihnen grüßlich zu, wenn sie schon für ihren eigenen Unterhalt sorgen muß, sich einen Dienst beim Bauern zu suchen. Man will nicht einsehen, daß auch der Frau das Recht zusteht, mehr persönliche Freiheit zu verlangen, als ihr im Dienstverhältnis bei einer „Herrschin“ gewährt wird. Ihr gewährt die Fabrik zwar reichlich noch mehr persönliche Bewegungsfreiheit. Sind aufs Herz, Ihr Kollegen, würdet Ihr es anders machen? Sie will als junges Mädchen

auch ein paar freie Abendstunden genießen, sie möchte den Sonntag frei haben, können wir ihr dieses verargen? Darum, fort mit dieser philisterhaften Anschauung, auf allen Seiten muß sie bekämpft werden, wenn es besser werden soll in unserer Organisation.

Fort mit dieser Interesselosigkeit, welche sich gegenüber der Frauenbewegung zeigt. Sie führt uns nur immer tiefer in den Sumpf. Nachdem in unserem Statut die Bestimmung aufgenommen, daß Frauen unserer Vereinigung auch wählen können, konnten wir in der ersten Zeit mit dem Resultat zufrieden sein. In mehreren Zählstellen meldeten sich eine Anzahl von Frauen zur Organisation. Leider sind viele durch unregelmäßiges Kassieren der Beiträge uns wieder verloren gegangen, vielen Kollegen sind diese Zustände bekannt. Es wäre daher notwendig, Bestimmungen und Einrichtungen zu treffen, die ein regelmäßiges Kassieren, und zwar wöchentlich, ermöglichen. Der Frau oder dem Mädchen fällt es schwer, wenn sie einen ganzen Monatsbeitrag oder gar den eines Quartals bezahlen soll. Giebt man ihr die Möglichkeit ihren Beitrag wöchentlich zu steuern, so wird niemals das Empfinden bei ihr eintreten, die Beiträge seien für sie unerschwinglich. Es wäre daher notwendig, daß in jedem Arbeitsraum eine Person mit dem wöchentlichen Kassieren der Beiträge betraut würde. Manches Mitglied wird uns dadurch erhalten bleiben. Vom Zählstellenkassierer allein diese Arbeit zu verlangen, geht nicht gut an, da es von Seiten des Unternehmers nicht gern gesehen wird, wenn ein und dieselbe Person in allen Arbeitsräumen herumgeht.

Es müßten weiter mehr Versammlungen, speziell für Frauen, abgehalten werden oder in Form von Werkstattbesprechungen die Klagen der Arbeiterinnen entgegen nehmen und über Abhilfe beraten. Man muß berücksichtigen, daß die meisten Porzellanfabriken in Dörfern oder kleinen Landstädtchen sich befinden, dort meistens veraltete Begriffe über das Zusammenleben von Frauen und Männern herrschen, welche unbedingt berücksichtigt sein wollen. So lange eben noch wenig Frauen unserer Organisation angehören, wird es den Organisten als ein Verstoß gegen die gute Sitte angerechnet werden, wenn sie Versammlungen besuchen, wo die Männer in der Mehrzahl sind. Hier könnten die Agitationskommissionen viel leisten, wenn sie mit den Anregungen zum Abhalten solcher kleiner Besprechungen betraut würden, und wenn möglich, ein Kommissionsmitglied daran theilnehme.

Die zweite Frage: ist in Bezug auf unsere Unterstützungsvereinigungen die Frau mit den gleichen Rechten bedacht, wie der Mann? Oberflächlich betrachtet, kann man mit ja beantworten. Betrachtet man die Sache näher, legt dieselbe aber anders. Darauf geben uns die Frauen die beste Auskunft; wenn man fragt, warum sie sich nicht organisieren, erwidern sie gewöhnlich: „Ja, als Mädchen kann ich doch nicht auf die Straße gehen wie der Mann, ich komme nicht so leicht in die Verlegenheit, mich um andere Arbeit umsehen zu müssen und heirathe ich, dann hat die Organisation doch keinen Werth für mich.“ Man muß nun zugeben, daß die Frau, zumal in unserem Berufe, weniger der Arbeitslosigkeit anheimfällt wie der Mann. Als die billigere Arbeitskraft sucht der Unternehmer sie zu behalten, er giebt lieber die höhere Arbeitskraft, den Mann, so t. Da nun einmal die Unterstützungsvereinigungen in der Organisation eine Rolle spielen, so sehe ich nicht ein, warum man den Frauen nicht entsprechende Rechte einräumt. Man könnte den Verbandsbeitrag der Frauen um eine Kleinigkeit erhöhen, davon

wäre denjenigen Frauen, welche „in die Wochen“ kommen, eine einmalige Unterstützung von ca. 50 Mk. zu gewähren. Da derartige „Unglücksfälle“ auch mancher Unverheirateten passieren sollen, würden auch diese zu unterstützen sein und sich nicht so verlustig fühlen, wie es jetzt öfter vorkommen wird.

Ich kenne einen kleinen Ort in Bayern, dort haben sich unsere Kolleginnen eine Kasse gegründet, zu der sie wöchentlich einen Beitrag von 50 Pf. entrichten. Im Fall ihrer Verheirathung erhalten sie eine Beihilfe zu ihrer Aussteuer; die Beiträge sollen dort sehr pünktlich entrichtet werden. Ich bin der Meinung, wir dürfen kein Mittel unversucht lassen, daß uns dem Ziele näher bringen kann, vielleicht sind obige vorgeschlagenen der Erwähnung werth. H P

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Eine Reihe Zählstellen haben trotz des dringenden Ersuchens in Nr. 9 der „A.“ die Monatsberichte für Januar bezw. Februar noch nicht eingekandt und ersuchen wir wiederholt um schnelligste Einsendung. Es sind rückständig (Januar: 3, Februar: 8):

- Althaldensleben F., Berlin-Neubühl F. F., Bherach F., Bellenbach F., Belsch F., Golditz F., Döbeln F., Elgersburg F., Güttensteinach F., Kamenz F., Kappfichte F. F., Klostervehra F., Köln-Schrenk-Feld F. F., Köntze F., Lauf F., Mannheim F., Meichen F. F., Nuhaus F., Nyrpkenburg F. F., Pitschappel F., Pöblichella F., Saargemünd F., Schauberg F., Schramberg F., Schwarzja F., Schwelm F. F., Sprendow F. F., Solingen F. F., Tantau F., Ullstädt F. F., Wegesack F. F., Weingarten F., Wilba F., Zill F. F.
- Der Verbandsvorstand.

Berichtigung betreffend Wahlkreisvertheilung für die General-Versammlung.

Zu dem Wahlbezirk 25 Oberhausen gehört auch die Zählstelle Hamm mit 16 Mitgliedern, welche dem Bezirk vom Vorstand wohl zugetheilt war, in Folge eines Irrthums meinerseits aber nicht mit veröffentlicht wurde. Adress: H. W. Mann, Maler, Nassauerstr. 19. Zu berichtigen ist auch, daß die zum gleichen Bezirk gehörige Zählstelle Elberfeld nicht 35, sondern 19 Mitglieder zählt.

Der Verbandsvorsitzende.

109 Verhandlung vom 18. 2. 1902.

Gasschuldigt fehlt Gebhardt; an der Sitzung theilnehmend: der Redakteur Zahn, von den Reviseurs Poelenz u.

Berichte von Allen und Kolmar sind mit Kenntnisaufnahme erledigt. — Nach Bericht von Selb sind die bei der Firma Heinrich u. Hertel drohenden Differenzen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung beigelegt worden. — Den in Folge der Differenzen in Hanaelax entlassenen Mitgliedern wird Unterstützung nach § 1, Abs. 5 des U. N. bewilligt; das Mitglied 17 173 Hadersdorf wird nach § 5, Absatz 3 des Statuts ausgeschlossen. — Dem Mitgliede 3223 Manebach wird die beantragte Differenz-Unterstützung abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Dem Mitgliede 18 339 Meuselwitz wird für 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — In Unterstützungssache 21 069 Wolda wird weitere Recherche beschlossen. Unterstützung für Mitglied 23 599 derselben Zählstelle wird wegen nicht beendeter Recherche abgelehnt. — Dem Mitgliede 26 832 Berlin II wird für weitere 4 Wochen Differenz-Unterstützung bewilligt. — Weitere Unterstützung für Mitglied 12 770 Roda wird nach § 10 des U. N. abgelehnt. — Der beantragte Rechtschutz für Mitglied 29 889 Mannheim wird nach § 4 des U. N. abgelehnt. — Dem Mitgliede 5640 Penzig wird Unterstützung unter der Voraussetzung bewilligt, daß das Ergebnis der bezüglich eines Bankrotts notwendigen Recherche dem nicht entgegensteht. — Die Genehmigung zum freiwilligen Verlassen des Arbeitsplatzes unter Wahrung eventueller Unterstützungsansprüche, wird dem Mitgliede 27 034 Margarethenhütte unter den geschätzten Um-

ständen verweigert. — Dem Antrage des Mitgliedes 7045, welches in Schönewitz arbeitslos geworden, die Unterstützung in Tiefenfurt beziehen zu können, wird stattgegeben. — Dem Mitgliede 5419 Margarethenhütte, zur Zeit in Amberg, werden Unterstützung und Fabrikkosten unter Bezahlung auf den diesbezüglichen Vorstandsschluß vom 30. 12. 1901 wiederum abgelehnt. — Dem Mitgliede 13207, Moschendorf wird auf Antrag der Zahlstellen-Versammlung Nichtschuß bewilligt. — Ein Antrag des Mitgliedes 3421 Rönitzsee auf Gewährung eines Darlehens aus freiwilligen Mitteln, wird abgelehnt. — Das Ansuchen des Mitgliedes 4089 Burggrub, anlässlich dessen Erkrankung einen Aufruf zu freiwilligen Sammlungen im Dögan zu veröffentlichen, wird abgelehnt. — Eine Beschrift der General-Kommission ist mit Kenntnisaufnahme erledigt. — Der Agitations-Kommission des 9. Agitationsbezirks werden 40 Mark aus Brantmitteln für Herstellung eines Flugblattes bewilligt. — Ein Antrag derselben Kommission, die neugegründete Zahlstelle Schmißfeld dem 9. Agitationsbezirk einzuverleiben, wird abgelehnt; vor der General-Versammlung muß von einer eventuellen Neueinteilung der Agitations-Bezirke abgesehen werden. — Die 4. ordentliche General-Versammlung des Verbandes soll vom 18. Mai d. J. ab in Berlin stattfinden und wird entsprechend § 32 des Statuts beschloffen, die Einberufung derselben in Nr. 10 der „Amelise“ bekannt zu geben. Zur Feststellung resp. Einteilung der Wahlbezirke für die Delegiertenwahlen zur General-Versammlung, wird beschloffen, als Maßstab die Mitgliederzahl der einzelnen Zahlstellen, das Expeditionsbuch der „Amelise“ zu benutzen. Ferner wird beschloffen, daß alle Anträge, welche als solche des Vorstandes zur General-Versammlung gestellt werden sollen, von den einzelnen Vorstandsmittgliedern schriftlich bis zum 10. 3. an den Vorsitzenden einzureichen sind. — Auf Einladung des provisorischen Vorstandes des neuen böhmischen Porzellanarbeiter-Verbandes wird der Vorsitzende zu dem am 2. und 3. März in Fischen stattfindenden General-Versammlung delegiert. — In Sachen Rüttel u. Fuchsgrube, Altwasser, wird eine Mitteilung des Rechtsanwalts zur Kenntnis genommen.

G. Wollmann, Vorsitzender, J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserm Berufe.

— Porzellanfabrik Uhlfeld sucht in den „Thüringer Nachrichten“ Maler u. Dreherlehrlinge. 3 Mark pro Woche wird denselben für die ersten zwei Monate versprochen, dann arbeiten die, wahrscheinlich in dieser kurzen Zeit zu großen Künstlern ausgebildeten jungen Herren, zu Stücklohn, wobei natürlich der Verdienst ein bedeutend höherer wird. Bei auswärtigen Eweven wird sogar für Kost und Logis gesorgt.

Wir sind innerhalb der letzten Jahre zu der Ansicht gelangt, daß es ein U. Ding ist, etwa durch lange Artikel die Eltern von aus der Schule entlassenen Knaben davon abzuhalten, dieselben in die Porzellanfabriken zu schicken. Gewiß ist der Porzellanerberuf neben seiner ungünstigen Einwirkung auf die Gesundheit einer derjenigen, der immer mehr zurückgeht und immer ungenügenderen Verdienst sichert. Aber die Verhältnisse liegen nun einmal derart, daß die Eltern oft keinen anderen besseren Platz für ihre Jungen finden und wenn auch schweren Herzens, diese der Porzellanerei überliefern müssen. Es sind eben leider heutzutage unter der Hegelie des Kapitalismus so ziemlich alle Berufe mehr oder weniger heruntergekommen, das Ausbeuten der Arbeitskraft nach allen Regeln der Kunst ist Triumpf.

Immerhin aber giebt es Ausnahmen von Fabriken, sowohl nach der guten, als auch nach der schlechten Seite hin, und nach allen, was wir über die Verhältnisse der „ausgelernten Arbeiter“ in Uhlfeld innerhalb der jüngsten Zeit gehört haben, und wozu wir ja diverser in den Spalten der „A.“ veröffentlichten, gehört die dortige Fabrik zu den letzteren. Und deswegen dürfte es wohl am Plage sein, wenn Eltern, die etwa auf das verlockende Gesicht von Uhlfeld eingehen, sie auf die dort üblichen Arbeits- und Verdienstverhältnisse aufmerksam zu machen. Wenn denn schon der Junge Porzellanerberuf werden soll, so findet sich am Ende auch noch ein anderer Platz, als wie Uhlfeld.

— Die Rosenthal'sche Porzellanfabrik in Selb hat sich in letzter Zeit auch der Fraktion von Isolatoren zugewandt. Sie hat dazu eine Spezialität allerersten Ranges in der Person des Herrn Max Hentschel, den Berliner Isolatorendrehern gut bekannt, s. Z. gewonnen. Und wenn vielleicht auch in der verflissenen Zeit die Sache nicht so recht voran gehen wollte, nach uns gemachten Mitteilungen von Selb scheint es aber jetzt mit Wasserdampf vorangehen zu sollen. Eine größere Bestellung von Isolatoren soll die Veranlassung sein, daß jüngere Leute von der Geschirrdreherei nach der Isolatorstube dirigiert werden. Event. Weiterung siehe die Drohung mit Entlassung gegenüber.

Aber auch sonst scheint das Gente des Herrn Hentschel nunmehr erst zur vollen Entfaltung kommen zu sollen. Im „Boten aus dem Fichtelgebirge“ sucht der Herr weibliche Personen vom 18. Lebensjahre ab, für eine Porzellanfabrik in Dörfraanken zu lehren zu erlernender und gut bezahlter Arbeit. Und alles was möglich ist — für die ersten Wochen werden weiblichen Personen Logis und Kost umsonst gewährt. Damit steht wohl auch in Verbindung ein Besuch des Herrn Hentschel im „Selber Tageblatt“ nach einer großen Wohnung, trotzdem der Herr unverheiratet ist.

Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, die große Wohnung wird zur Kasernierung der weiblichen Isolatorendrehern benutzt. — Wenn wir beachten, daß eine große Anzahl von Drehern arbeitslos ist und darunter auch Isolatorendrehern, so liegt auf der Hand, daß bei Besuchen nach weiblichen Arbeitskräften in der liebevollen Weise, wie es Herr H. beliebt, irgend ein Schauen dazwischen liegt, der sehr kalt wirkt.

Was anderes als wie das billigere menschliche Arbeitermaterial werden Herrn H. solches Entgegenkommen diktiert. Die weiblichen Personen werden wieder einmal gegen die „theueren“ Arbeiter ausgespielt, auch damit die Waare ja recht billig ver—kauft und der Konkurrenz gedient werden kann, sucht man Arbeiterinnen.

Wie wir erst in Nr. 9 betont haben, gegen die Einstellung von weiblichen Arbeitskräften ist nach Lage der Sache nichts einzuwenden, nur sollte allerorts von den Kollegen darauf hingewirkt werden, daß die Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit gleichen Lohn fordern.

In Selb sind bereits viele Arbeiterinnen im Porzellanerberufe tätig, der Organisations werden wenig angetan. Auch die obige Werbung nach weiblichen Personen, die so lebenswürdig abgefaßt ist, sollte den Berufs genossen allerorts zu denken geben.

— Ueber das Geschäftsergebnis der Porzellanfabrik in Schönwald bei Selb reproduzieren wir erst in voriger Nummer eine Notiz des „Selber Tageblatts“. Nach der Verteilung der Dividende und dem Uebrigem kann das Geschäftsergebnis als ein günstiges bezeichnet werden. Es wird uns nun Einiges über dortige Verhältnisse mitgeteilt (auch in der letzten Zahlstellen-Versammlung kamen mehrfach Klagen zur Sprache), die durchaus nicht so günstig wie oben angezogener Geschäftsbericht lauten.

So wird besonders bezüglich der Malerei darüber geklagt, daß die Wasservorrichtung eine äußerst mangelhafte sei. In einem Raum, worin 40 Maler arbeiten, sei am Eingang auf einem Stuhle ein Savoirt postirt, dessen Wasserinhalt zur Reinigung vollständig ungenügend sei. Wenn die Maler die Stupfpinsel auswaschen müssen, schwämme das ganze Del oben auf und ein Glöck überkomme einem wenn man sich darin noch die Hände waschen solle. Trinkwasser wird ca. alle 2 Tage in

einer Kanne geholt, dazu habe man den ganzen Tag Rauch von der Schmelze zu schlucken, daß „es nicht zum Aushalten ist“. Geht nur nur Sonrabeends, und kann man sich den Schmutz die Woche über lebhaft vorstellen.

Wir wollten oben, wo es heißt, daß alle 2 Tage nur frisches Trinkwasser herbeigeschafft wird, schon einschalten — nun, dafür wird hoffentlich ein gut Maß Wasser mehr getrunken — damit scheint es aber nichts zu sein und es ist begreiflich, wenn man sich folgendes hört. Nämlich Lohnreduzierungen seien allgemein an der Tagesordnung. Man habe sogar schon Drehern, die 6 Jahre gelernt haben, angeboten, für halben Lohn zu arbeiten und Lieder hätten sich solche Leute auch gefunden. Durch übermäßiges Arbeiten, oft bis 10 Uhr Nachts, versuchten diese, doch auf „ihre Glo“ zu kommen; daß sie dadurch zu Schindluder werden, daraus schienen sich solche auch solegen nichts zu machen. In der Malerei ist es nicht besser: würde heute ein Maler an einem Werk etwas verdienen, morgen käme der Preis herunter, nach zwei Tagen schließlich noch einmal, und so erkläre es sich, daß ein flottes Maler (solche kämen dort überhaupt nur in Betracht) nur einen ganz miserablen Verdienst erzielen. Der Zug nach Schönwald ist trotzdem ein reger, obwohl die Hälfte nach kurzer Zeit wieder abdampfen muß, will sie nicht in Schulen kommen. Wenn nach alledem von den Kollegen, ob Dreher oder Maler, Obiges beherzigt wird, sehe sie event. Gesuchen nach dort folgen, so dürfte das nur im ureigensten Interesse eines Jeden selbst liegen.

— Meissen. Was hat dieser Ortsname für einen guten Klang und wer denkt dabei nicht an das Porzellan, was der Böttger dort erfunden hat? Und weil dort ja ein königliches Institut für Porzellanfraktion sich befindet, deren Fabrikate Ruhm in der ganzen Welt bekannt ist, so denkt ein Jeder auch dabei, daß die Arbeiter, die in Porzellan oder Steingut in Meissen hantieren, unter nur guten Verhältnissen leben. Wie es damit in der „Königlichen“ bestellt ist, davon erfährt man weniger, auf alle Fälle aber dürften die Arbeits- und Verdienstverhältnisse der dort Beschäftigten als nicht ungünstige bezeichnet werden können.

— Etwas anderes ist es nun freilich in der ebenfalls in Meissen domizilierenden Ofen- und Thonwaarenfabrik von Ernst Teichert. So erfahren wir, daß die da gezahlten Arbeitslöhne schon von früher her niedrigere waren, als beispielsweise jene bei der Firma Karl Teichert. Trotzdem nun wurde seit ca. 3 Jahren an die Dreher und Maler das Ansinnen gestellt, noch billiger zu arbeiten. Zweimal gelang es den Drehern einen Lohnzug abzuwenden, wogegen die Maler infolge des Fehlens einer festen Organisation denselben über sich ergehen lassen mußten.

Jedoch mußten sich aber auch die Dreher in vorigen Sommer einen Abzug von 5 pSt. gefallen lassen, die allgemeine Krise forderte ben auch da ihre Opfer.

Es sollte man meinen, daß die Abzüge nun aufgehört, jedoch es machte sich die „Schraube ohne Ende“ bemerkbar. Am 1. März d. J. wurde den Drehern wiederum ein Abzug von 5 pSt. präsentiert. Daß sich hiergegen die Dreher sträubten, läßt sich denken, jedoch half das alles nichts. Zuerst wollte Herr Teichert gar nicht einmal mit den Drehern sich über die Sache in eine Diskussion einlassen; na und als er schließlich doch darauf einging, erklärte er, daß er den Abzug machen müsse, wenn anders er nicht Pleite machen wolle. Natürlich berief sich der Herr auf die in dem nahen Schönewitz gezahlten niederen

Stücklöhne, ebenso auf die vielen Arbeitslosen die Opfer einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Schließlich wurde den Drehern bedeutet, daß sie ja gehen könnten. Der Abzug war ohne vorherige Ansage vorgenommen worden, auf merksam darauf gemacht, daß dies nicht gesetzlich sei, wurde die Differenz für 14 Tage wieder herausgezahlt.

Wenn wirklich der Herr Leichter jetzt im Zeichen des flauen Geschäftsganges etwas weniger Profit als unter normaltem Geschäftsgang haben sollte, so meinen wir, könnte er, der durch die außerordentliche Benützung der Arbeitskraft der Arbeiter es zu einem nicht geringen Reichtum gebracht hat, es nicht leicht ertragen? Die Herren Unternehmer sind doch zumeist durch ihr unständiges Wettlaufen nach Profit verantwortlich für die Krise mehr als die Arbeiter zu machen, sollen denn die Letzteren immer nur den größten Schaden haben, sie, die doch ohne weiteres schon zu bemitleiden sind?

Auch dieser neueste gelungene Versuch des Unternehmers, die Krise noch besonders zu seinem Vorteil durch krasse Lohnrückerei auszunutzen, zeigt, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft alles daran setzen muß, ihre Organisation zu einer größeren zu machen, alle Berufsgenossen und alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen derselben zuzuführen. Hoffentlich arbeiten die Meißener Kollegen in diesem Sinne und hoffentlich dauert die Krise nicht ewig. Wenn ein Umschlag zum Besseren eintritt und wenn dann die Reihen der Berufsgenossen fest geschlossen sind, dann dürfte doch wohl der Versuch, die jetzt erlittenen Scharten auszuwischen, vollständig am Platze sein.

In Meissen findet am 21. März, von Mittags 12 bis Abends 8 Uhr Wahl von Gewerbegerichtsbeisitzern statt; am 15. März, Abends 8 Uhr wird in der „Weintraube“ eine öffentliche Versammlung abgehalten, die sich mit dieser Wahl beschäftigt; wir eruchen unsere Berufsgenossen in Meissen, sowohl in dieser Versammlung, als auch ganz besonders bei der Wahl zum Gewerbegericht vollständig ihre Pflicht zu thun.

Über die „Erste Niederländische Kunststeinrichtung“ in Stappen in Holland berichtet ein dort beschäftigter Kollege in Nr. 1 der „A.“ zur Genüge. Es wird in Erfahrung gebracht, daß demnächst wieder Maler gesucht werden. Die Verhältnisse haben sich aber keineswegs zum Günstigeren gestaltet, vielmehr wird befürchtet, daß die Firma sich wohl wegen Mangel an dem nervus rerum auflösen wird. Die Leitung des Statues liegt in den Händen eines Nichtfachmannes, man kann auch danach bemessen, daß es mit dem Geschäft schließlich bald zu „Holland in Nöthen“ kommt. Einige Maler mußten sich schon von ihren Eltern Reisegeld senden lassen, damit sie wieder in ihre Heimat reisen konnten; all dies mag die Kollegen veranlassen, recht vorsichtig etwaigen Gesuchen gegenüber zu sein.

In Nr. 7 der „A.“ berichtet ein Kollege über die Verhältnisse in Laasdorf. Er scheute sich auch nicht, seinen Namen öffentlich darunter zu setzen, wir hatten also gar keinen Grund, an den in dem Bericht enthaltenen Angaben zu zweifeln. Zumal wir von früher her schon immer an ungünstige Berichte über Laasdorfer Verhältnisse geneigt waren.

Nun geht von den Kollegen Edmund Wunderlich, Wilhelm Karnischky und Otto Weudel eine Erwiderung ein, nach deren Durchsicht wir zwar nicht so sehr von der vollständigen Wahrheit aller darin gemachten Angaben überzeugt sind, als wir von jenem Bericht in Nr. 7, jedoch wollen wir die Erwiderung nicht etwa ignorieren. Vielleicht kommt die volle Wahrheit gerade durch diese eigen-

thümliche Erwiderung erst zur öffentlichen Kenntniß.

Also bezüglich des in dem Artikel in Nr. 7 berührten Wchsels des Arbeiterpersonals schreiben die Dötgen, daß Maler dort schon 7, 5, 3, 2 und 1 Jahr arbeiten. Ob sie das selbst sind, wird nicht mitgeteilt. — Daß für die in der Schmelze verdorbenen Sachen die Maler aufkommen müßten, das wäre bis jetzt noch nie der Fall gewesen.

Daß es Artikel gebe, an denen nichts verdient würde, sei eine Lüge. — Wenn es in dem Bericht heiße, es sei eine Seltenheit, wenn Jemand über 30 Mk. verdiene, so vermissen die obigen Erwiderer, daß eben der Artikelschreiber über die Verdienste von 40, 45, 50, 56 und 60 Mk. (in 14 Tagen natürlich) nichts schreibe. — Wir ersuchten die Kollegen im Briefkasten voriger Nummer uns dazu am Besten in ihre Lohnbücher einmal Einsicht nehmen zu lassen, es geht uns heute Antwort zu, daß das nicht anständig sei, weil die Bücher, die zugleich Conto- und Lohnbuch seien, jeden Tag gebraucht würden. — Wir müssen nun unbeschert auch die „Erwiderung“ hinnehmen, daß es Posten giebt, bei denen man 5—6 Mk. p. o. Tag verdienen könne. — Über die 11stündige Arbeitszeit wird nichts erwidert, es wird demnach so lange gearbeitet, als ein Wunder wird dann ein Verdienst von 5 Mk. nicht gelten können. — Es wird dann „erwidert“, daß, wenn man Montag blau macht und am Sonnabend nur $\frac{1}{2}$ Tag arbeitet, kurz, an jeder Rechnung 2 Tage fehlen, dann könne kein Maßstab an dem erzielten Verdienste gelegt werden. — Unwahr sei es, daß das, was bis Sonnabend Mittag nicht fertig sei, nicht verrechnet würde, „da giebt es allemal Vorstoß darauf“.

Über die Nichterhaltung der Pausen würden gerade die Schimpfen, die in den Pausen arbeiten, es hätten diese überhaupt nicht nötig zu schimpfen, denn sie seien in 2 bis 3 Jahren schon das zweitemal wieder hier in Arbeit. Andere, als sie gekündigt hatten und die Zeit herum war, hätten noch gute Worte gegeben, um wieder bleiben zu können. — Bei Anfertigung neuer Muster, bei deren Preise man nicht auskomme, würde mit dem Chef geredet, er würde allemal was zulegen, grob brauche man natürlich nicht zu kommen. — Was in Nr. 7 über die Dreherei geschrieben sei, das könne nicht wahr sein, weil die Maler ja das ganze Jahr nicht in die Dreherei kämen. — Die dortige Firma könne Dieher bekommen, so viel sie wolle. Wer arbeite, würde auch sein Geld verdienen. Wenn sich aber Maler in der Stube rum wälzen und den ganzen Tag Krach machen, denn wäre es noch nicht mal recht, wenn der Obermaler dazu was sage.

Die Erwiderer sind fest überzeugt, daß Dreher und Maler ihr Geld gerade jetzt, wie früher auch bei der Firma Nebel u. Co., verdienen. — Malerlehrlinge, die im zweiten Jahre lernen, erzielten Verdienste von 20 bis 28 Mk. in vierzehn Tagen. —

Wenn wir auch alles glauben könnten oder wollten, das Letztere scheint aber so lange uns ungläublich, bis wir darüber klare Beweise haben. — Die Erwiderer meinen zum Schluß, daß es leichter sei eine Fabrik schlicht zu machen, als den guten Ruf derselben wieder her zu stellen. Wir versagen uns, hierzu heute unsere Ansicht zu äußern und warten vorläufig ab, ob nunmehr noch mehr Lob auf die Laasdorfer Fabrik herabregnet oder etwas anderes.

Über die Verhältnisse in Mannheim (Rheinische Porzellanfabrik Sterner) ist in Nr. 7 und 9 der „A.“ ja mehreres berichtet worden. Es wurde da u. A. angeführt, daß

der Herr Werksführer Scherzer es sich angelegen sein lasse, aus seiner böhmischen Heimat Arbeiter heranzuschaffen, die die Berufsorganisation und die seitens derselben verhängte Sperre ignorieren. Jenseit ihm dies gelungen ist, ergibt sich aus der Liste derjenigen, welche seit Verhängung der Sperre in dortiger Fabrik in Arbeit traten. Es sind dies: Janry Zebisch, Anna Zebisch, beide aus Altrohla in Böhmen, Marie Schwenk-bier aus Magerhöfen in Böhmen, Robert Baumgarth aus Elbogen in Böhmen, Anton Hahn aus Schlaggenwald in Böhmen, Konrad Bergner aus Elbogen i. Böhmen, Albert Fischer aus Rastwitz, Luise Schöna aus Stadtlengsfeld, Elise Schag aus Käferthal, Theodor Robert Sperber aus Fraureuth, Josef Einert aus Voigtsgrün, Jacob Maack aus Neuleiningen, Georg Grötsch aus Selb, sämtlich Dreher, Jnanz Wessel, Buntmaler aus Bonn, zuletzt in Mitterteich.

In Fürstenberg a. W. sind eine Anzahl Dreher wegen Arbeitsmangel gekündigt worden. Seit Anfang Dezember arbeiten die Dreher heimwärts (von 8—4).

Lichtgeld. In Stadtilm wird seit 2 Jahren schon elektrisches Licht frei geliefert. — In Blankenhain bei Jaxob u. Eichelt wird ebenfalls seit 2 Jahren elektrisches Licht gratis geliefert. — Auch bei der Firma Heinrich Trenhal wird das Gratis abgegeben. — In Fürstenberg a. W. erhalten die Altordarbeiter zwar das Petroleum von der Fabrik, eigentümlicherweise müssen sie es aber bezahlen.

Von Martinstroda berichtet die Zahlstellenverwaltung, daß in dortiger Porzellanfabrik (Friedr. Eyer u. Co.) fast täglich Abzüge und Lohnrückerei stat findet; zwei Kollegen wurden in Folge der deswegen entstehenden Differenz gekündigt. Es wird deshalb von der Verwaltung um Fernhaltung des Bezuges nach dort ersucht.

In Brummenaach war einem dort beschäftigten Maler eine Arbeit aufgegeben worden, die aus dem Dekorieren von 55 Dg. Menage-einsätzen bestand. Das Dugend wurde mit 5 Pf. honorirt. Nach der Ansicht des Fabrikbesizers Herrn Wenzl Mannl war diese Arbeit mißrathen und als der Maler nach Auflösung seines Arbeitsverhältnisses seinen Lohn verlangte, wurde ihm ein Abzug von 2,95 Mk. daran gemacht. Ebenso behielt Herr Mannl einen dem Kantinenwirth schulden den Betrag von 6,18 Mk. für Mittagessen ein, trotzdem der Maler sich dagegen verwahrte.

Letzterer erhob Klage beim Rgl. Amtsgericht Erbendorf auf Herausgabe der Beträge. Der Beklagte, Herr Mannl, machte vor Gericht geltend, daß er sich unter den gegebenen Umständen zu den Abzügen berechtigt halte und Klageabweisung beantragte. Interessant sind besonders seine Ausführungen bezüglich des Abzuges des Betrages für Mittagessen. Er meinte, daß er nach dem § 115 der Gewerbeordnung (zweiter Absatz) zum Abzug volles Recht habe, „da fragliche Kantine auf seine Rechnung betrieben werde und die Speisen und Getränke daselbst zum Selbstkostenpreise abgebe. Es sei unwahr, daß er die Kantine verpachtet habe.“

Es heißt in dem Urtheile diesbezüglich: „Klägerischerseits wurde dieses widersprochen und auf § 115 R.-O.-D., ersten Absatz, Bezug genommen, wonach der Arbeitgeber den Arbeitern ihren Lohn baar auszuzahlen habe.

Nach verhandelter Sache beantragte klägerischer Vertreter in Ansehung des Theilbetrages von 6,18 Mk. abgezogenen Zehnschuld, Theilurtheil zu erlassen, während er in Ansehung des Anspruches von 2,95 Mk. Beweis

durch Sachverständige anbot. Dem gestellten Antrage auf Erlassung eines Theilurtheiles war so, wie gesehen, stattzugeben. Da der diesbezügliche Theilanspruch durch die eigenen Zugeständnisse des Beklagten einerseits und die hier in Betracht kommenden gerichtsfällig bekannten Verhältnisse mit der Kantine als Liquid zu erachten ist.

Nach § 115 R.-G.-O. ist der Arbeitgeber zur baaren Lohnauszahlung verpflichtet. Es ist bekannt, daß bis in die jüngste Zeit der Kantinenwirth stets auf eigenes Risiko kreditirt hat, daß er daher, wenn auch im Auftrage nach Weisung des Beklagten, so doch auf eigene Rechnung Speisen an beliebige Arbeiter verabreicht, der Beklagte verabreicht also nicht unmittelbar und auch nicht zum Selbstkostenpreise. Zu einem diesbezüglichen Abzuge bedurfte es also der Einwilligung und der vorherigen Verabredung mit dem Kläger. Es war daher antragsgemäß Theilurtheil zu erlassen." Herr Mannl war also zur Rückzahlung der 6,18 Mk. verurtheilt, was wohl auch nicht anders zu erwarten war. Daß der Herr Mannl in der Kantine zum Selbstkostenpreise Speisen und Getränke abgibt, lediglich deswegen, um etwa seinen Arbeitern gegenüber „human“ zu gelten, das wäre ja auch etwas ganz außerordentliches.

Die Art und Weise, wie Herr Mannl Geschäfte macht durch Zahlung niederer Löhne etc., ist demgegenüber doch bekannt.

Bezüglich der Rückzahlung des Abzuges von 2,95 Mk. erübrigte sich ein Urtheil, da der Kläger den Betrag vom Beklagten herausgezahlt erhielt.

In der Kaiser Porzellanfabrik zu Eisenberg scheint der Frieden nicht lange anhalten zu wollen. Gegenwärtig sind wieder 4 Buntmaler gekündigt worden und zwar aus recht eigenthümlicher Veranlassung. Vor ca. 5 Wochen wurde den betreffenden Buntmalern angekündigt, daß auf einen Artikel die Preise von 15 auf 12 resp. 13 Pf. herabgesetzt würden. Diese Reduzierung war zur Kenntniß des hiesigen Richterstaters der „Altenburger Volkszeitung“ gekommen und erwähnte diese mit in einem allgemein gehaltenen Bericht. Darüber ging nun die Zeitung genannter Fabrik den Bösewichtern von Malern an den Kragen. Es wurde ihnen eröffnet, innerhalb 14 Tagen diese Notiz zu widerrufen. Trotzdem trat in dieser 14 tägigen Frist der reduzierte Preis in Kraft, wie konnte also verlangt werden, daß diese Notiz widerrufen wurde. Bismpt nach Ablauf der 14 Tage erhielten dann die widerspenstigen Maler gekündigt, mit der Bemerkung, weil sie die Sache nicht widerrufen hätten. Eine nachgesuchte persönliche Aussprache mit Herrn Schwabe verlief resultatlos, da betreffender Herr absolut nicht begreifen kann, daß die Arbeiter nicht seinem Wunsche blindlings Folge leisten und zum Lügner werden. Dies ist der vorläufige Stand, wir werden nochmals darauf zurückkommen.

In letzter Sitzung hat der Vorstand über die Buntmalerei der Firma Kaiser Porzellanfabrik in Eisenberg die Sperre verhängt.

Meißen. Die Wirkung der Krise macht sich unter den hiesigen Porzellanarbeitern ganz besonders durch verkürzte Arbeitszeit und Lohnausfall bemerkbar. Es kommen, wie eine vorgenommene Zählung beweist, von 52 an der Zählung Beteiligte, 15 Mitglieder mit 2 jähriger, 22 Mitglieder mit 6 monatlicher bzw. unregelmäßiger Arbeitszeit und entsprechendem Lohnausfall in Betracht. 25 verheiratete Mitglieder mit 70 Kindern hatten seit Einsetzen

der Krise bis 1. Februar d. J. einen Gesamtausfall von 13 535 Stunden oder 1353 1/2 Arbeitstage zu 10 Stunden gerechnet. Der Lohnausfall beträgt hier 5674 Mk. Bei 12 ledigen Mitgliedern beträgt der Ausfall an Arbeitszeit 624 10 stündige Arbeitstage mit einem Lohnausfall von 3495 Mk. Der Gesamtausfall aller hier in Frage kommenden 37 Mitglieder beträgt demnach: an Arbeitszeit 1977 1/2 Tage, an Lohn 9169 Mk. 13 Mitglieder arbeiteten zu normalen Verhältnissen, 1 Mitglied war krank. Auch nachstehende Statistik, welche vom Kartell bewirkt wurde, dürfte für unsere Mitglieder nicht uninteressant sein und lassen wir diese hiermit folgen. Der „Volksfreund“ schreibt:

Meißen. Um zu erfahren, welchen Einfluß die wirtschaftliche Krise auf die Arbeits- und Lohnbedingungen der hiesigen Gewerkschaftsmitglieder ausgeübt hat, ist vom Gewerkschaftskartell am 1. Februar eine Statistik aufgenommen worden, welche die verheerende Wirkung der geschäftlichen Depression zur Genüge beweist. An der Erhebung haben sich 5/6 der im Kartell vertretenen Gewerkschaftsmitglieder beteiligt. Das Resultat ist nach Aufführung der einzelnen Berufe bei 1033 Beteiligte: Verkürzte Arbeitszeit 467, arbeitslos 82, davon verheiratet 41, Kinder 73, ledig 41. Summa 4175 Beteiligte. Der Gesamtausfall der Arbeitsstunden beträgt bei Denjenigen, die bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten, wöchentlich 5096 Stunden. Der wöchentliche Verdienstaufschlag nach der Beantwortung der gestellten Frage insgesamt 2712,13 Mk. Läßt sich auch in Bezug auf die unter den organisierten Arbeitern herrschende Arbeitslosigkeit nicht aus den angeführten Zahlen auf die Allgemeinheit exemplifizieren — die Organisationen bergen zum großen Theil die intelligenten Arbeiter in ihren Reihen, welche der Unternehmer immer zuletzt entläßt —, so trifft dies um so mehr bei den Angaben über Verkürzungen der Arbeitszeit und Lohnausfall zu. Daraus ist auch zur Genüge zu erkennen, wie groß angelegte solcher Nothlage der Reichstags-Abgeordnete für unsern Kreis, Herr Göbel, für Verhinderung des Brotes eintritt, so ist daraus zu erkennen, daß sich der Herr gar nicht um die Verhältnisse seines Kreises kümmert. Auch das kommende Frühjahr scheint den hiesigen Töpfern nicht die so heiß herbeigesehnte bessere Arbeitsgelegenheit zu bringen. Erst jetzt sind bedauerlicherweise wieder Entlassungen erfolgt. So wurden gestern Donnerstag in der Ofenfabrik „Sogonia“ wieder 15 Töpfer entlassen, was um so schlimmer wirken muß, weil ein großer Theil der Entlassenen verheiratet ist“.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

Der vierte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (Schluß). Die Wahl der Arbeitervertreter im Vorstand der Berufsgenossenschaften ist gleichfalls Ende 1901 vollzogen. Hier läßt sich eine einheitliche Wahlaktion nicht einleiten, weil die Zahl der zu wählenden Personen und die Berufe, denen sie zu entnehmen sind, für jede Landesversicherungsanstalt besonders festgesetzt werden. Wähler sind hier die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten. Es sind an die Ausschussmitglieder und an die Gewerkschaftskartelle Zirkulare gesandt worden, in welchen aufgefordert wurde, organisierte Arbeiter zu dieser wichtigen Vertrauensstellung zu berufen. Ueber den Ausgang dieser Wahlen liegen Mittheilungen nicht vor.

Dem „Organisations-Komitee der Gewerbegerichtsbeisitzer“, welches auf einer Konferenz in Leipzig im Jahre 1900 gewählt war, sind seitens der Generalkommission die Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Erledigung seiner Arbeiten bedurfte. Die Tragung der Unkosten für eine von dem Komitee in Aussicht genommene Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer, wurde jedoch von der Generalkommission abgelehnt. Die Vorträge, welche zur Belehrung der Beisitzer auf dieser Konferenz gehalten werden sollten, würde doch nur ein geringer Theil der Beisitzer hören, so daß der beabsichtigte Zweck auf einer solchen Konferenz nicht erreicht werden könne. Die Generalkommission glaubte, daß dieser Zweck besser erreicht würde, wenn die in Aussicht genommenen Vorträge in einer Broschüre wiedergegeben würden und diese Broschüre dann allen

Gewerbegerichtsbeisitzern zur Verfügung gestellt wird. Die dafür erforderlichen Mittel wollte die Generalkommission zur Verfügung stellen.

Die Mitglieder des Organisationskomitees wohnten in vier verschiedenen Orten. Dadurch wurde nicht nur die Arbeit sehr erschwert, sondern jede Sitzung des Komitees kostete eine größere Summe. Die Generalkommission empfahl, hier eine Aenderung eintreten zu lassen und sandte zu der am 9. September in Lübeck abgehaltenen Konferenz einen Vertreter, der den Vorschlag begründen sollte. Die Konferenz die im Anschluß an die Versammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte stattfand, beschloß denn auch, daß der Sitz des Komitees nach Berlin verlegt werden soll. Das Komitee hat sich in einer am 15. November abgehaltenen Sitzung unter dem Namen „Zentralausschuß der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands konstituiert.

„Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“.

Den Inhalt des „Correspondenzblattes“ immer besser zu gestalten, war die Generalkommission fortgesetzt bemüht. Es wurde die zunächst monatlich einmal erscheinende „Wirtschaftliche Rundschau“ eingeführt und scheint damit einem Bedürfnis der Gewerkschaften Rechnung getragen zu sein, weil die meisten Gewerkschaftsblätter die „Rundschau“ ganz oder wenigstens den für ihren Beruf wichtigen Theil derselben übernehmen. Durch die Heranziehung weiterer Mitarbeiter im Inlande und Auslande ist der Inhalt des Blattes vielfältiger gestaltet. Wenn auch das Blatt heute noch nicht aller Wünsche befriedigen wird, so dürfte es doch im letzten Jahre sich so ausgestaltet haben, daß es annähernd den Anforderungen entspricht, welche an ein gewerkschaftliches Zentralblatt zu stellen sind.

Die Auflage des Blattes stieg von 10 900 Exemplare im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Zahl der Einzelsendungen bei jeder Expedition stieg im letzten Jahre von 1024 auf 1137. Bemerkenswerth ist, daß die Zahl der Gewerkschaftskartelle, welche das Blatt für ihre Delegierten direkt gegen Erstattung der Postkosten (20 Pf. pro Quartal und Exemplar) beziehen, sich von 18 auf 25 im letzten Jahre vermehrte.

Die Auflage des italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“ hat sich im verfloßenen Jahre nicht vergrößert. Das Blatt erfreut sich nach wie vor der Aufmerksamkeit der Behörde. Es wurden im letzten Jahre zwei Anklagen gegen den Redakteur erhoben. Bei der einen wurde der Uebertreter der Behörde nicht belohnt. Es sollte eine Verächtlichmachung einer Einrichtung der katholischen Kirche in dem Blatte enthalten sein. Das Landgericht fand eine solche in dem Artikel aber nicht, und lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Das Oberlandesgericht schloß sich dem an, und wies die Beschwerde der Staatsanwaltschaft ab. Mehr Glück hatte die Behörde bei der zweiten Anklage, die sich gegen einen Artikel richtete, in dem angeblich aufgefordert sein sollte, den italienischen Streikbrechern durch Thätlichkeiten ihr unsolidarisches Verhalten fühlbar zu machen. Obgleich die ganze Tendenz des Blattes, getreu den Anschauungen, die in Gewerkschaftskreisen vorhanden sind, darauf gerichtet ist, die Arbeiter zu erziehen und von Rohheiten gegenüber den Arbeitsgenossen abzuhalten, verurtheilte das Gericht den Redakteur zu einer Geldstrafe von 100 Mk. Die Behörde scheint, nach diesen Vorgängen zu urtheilen, zu den eifrigsten Lesern des Blattes zu gehören. Hoffentlich nicht ohne dauernden Nutzen.

Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische

Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschaftsausschuss schließlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ „Oswiata“ (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei „L'Operaio Italiano“, d. h. von den Herstellungskonten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Die Ausgabe der Blätter kommt also dem gleich, was für Agitation durch Schriften in polnischer Sprache veranlaßt werden mußte. Dem Wunsch der polnischen Genossen, das Blatt auch in Erscheinung zu lassen, konnte nicht Folge gegeben werden und muß es vorläufig bei dem 14. Ärtigen Erscheinen verbleiben.

Für den Redaktionsposten hatten sich nur drei Bewerber gemeldet, von denen der eine seine Bewerbung in letzter Stunde zurückzog. Der Gewerkschaftsausschuss wählte zum Redakteur den Genossen A. Sremski Leipzig. Das Blatt hatte bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren, die je zur Hälfte in der Provinz Posen und in Oberschlesien Verbreitung finden.

Entsprechend dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses ist seitens der Generalkommission ein Statut für einen Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte ausgearbeitet worden. Zu der endgültigen Beschlußfassung über den ausgearbeiteten Entwurf wurden nicht nur Vertreter der freien Hilfsklassen sondern auch Vertreter des Vereins Arbeiterpresse hinzugezogen. Dieser Verein, dem auch eine Anzahl Gewerkschaftsbeamter angehört, beabsichtigt gleichfalls eine Versicherung seiner Mitglieder einzurichten und war vorausgesetzt, daß die Einrichtung für den Verein und die Gewerkschaftsbeamten eine gemeinsame werden sollte. In dieser Voraussetzung nahm auch ein Vertreter der Generalkommission in der am 15. Dezember 1901 in Hamburg abgehaltenen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des Vereins teil. In dieser Sitzung wurde jedoch beschlossen, daß die Unterstützungseinrichtung für die Vereinsmitglieder schon am 1. April 1902 in Kraft treten soll. Das von der Generalkommission ausgearbeitete Statut kann aber erst nach Beschluß des nächsten Gewerkschaftskongresses zur Ausführung gelangen.

Es soll somit die von den Gewerkschaften ausgegangene Idee der Sicherstellung der Beamten und Gewerkschaftsredakteure gegen die Folgen von Krankheit und Invalidität von dem Verein Arbeiterpresse früher durchgeführt werden, als dies seitens der Gewerkschaften geschehen kann. Die erste Anregung in der Sache wurde von der Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftspresse, die 1898 in Gotha stattfand, gegeben und folgte der Gewerkschaftskongress dieser Anregung, indem er den erwähnten Beschluß faßte. Voraussichtlich wird der nächste Kongress die Sache zum Abschluß bringen und die von der Generalkommission ausgearbeitete Vorlage nach etwaiger als notwendig anerkannter Abänderung annehmen. Ob sich dann eine Verbindung des Unterstützungsfonds mit der vom Verein Arbeiterpresse beschlossenen Einrichtung wird herbeiführen lassen, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

In der Besetzung der Ämter und den Einrichtungen der inneren Verwaltung der Generalkommission sind Änderungen nicht eingetreten. Die Kommission hielt im letzten Jahre 44 Sitzungen, der Gewerkschaftsausschuss vier Sitzungen ab.

Hamburg, 10. Februar 1902.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Legien, Vorsitzender.

— Auch in dem Geschäftsbericht, den die Verwaltung des Berliner „Gewerkschaftshauses“ für das zweite Betriebsjahr (1901) erstattet, spricht sich die Wirkung der Krise und der durch sie verursachten Arbeitslosigkeit weiter Kreise und Einkommensbeschränkung der in Arbeit Stehenden aus. So betrug der durchschnittliche Verbrauch pro Monat in den acht Monaten des Jahres 1900 285 Hektoliter, in 1901 dagegen nur 237 Hektoliter. Auch der Besuch der Herberge ist zurückgegangen. Es reisten zu in den einzelnen Monaten des Jahres 1901 (in Klammern diejenigen für 1900): Januar 795 (—), Februar 799 (—), März 1066 (—), April 1191 (—), Mai 1171 (697) Juni 1241 (1054), Juli 1102 (1401), August 1205 (1440), September 1200 (1256), Oktober 1108 (1277), November 824 (909), Dezember 611 (636).

Sieht man vom Mai und Juni ab (die Herberge wurde erst am 7. Mai 1900 eröffnet), so war die Zahl der Zugereisten 1901 Monat für Monat geringer als 1900. Eine wesentliche Rolle dürfte hierbei die Warnung vor Bezug seitens der Gewerkschaften gespielt haben, ohne deren gegenständige Tätigkeit die Anhäufung Arbeitsloser in Berlin und Umgegend noch bedeutend höher sein dürfte. Hierfür ein weiterer Hinweis: Die Zahl der unorganisierten Herbergsäfte ist stets kleiner als die der Organisierten; im Jahresdurchschnitt kamen auf 1000 Organisierte 385 Unorganisierte, aber diese Zahl hat sich von Quartal zu Quartal geändert: Es kamen auf 100 Organisierte im 1. Quartal 304, im 2. 386, im 3. 423, im 4. 420 Unorganisierte; d. h.: mit zunehmender Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der organisierten Zugereisten prozentlich viel schneller ab als die der unorganisierten.

Dem Beruf nach waren die Zugereisten: Apotheker 2, Arbeiter 699, Architekten 1, Bäcker 194, Bademeister 2, Baudenken 3, Barbier 181, Bauarbeiter 5, Bahnbeamte 1, Bildhauer 275, Böttcher 36, Brauer 83, Buchbinder 483, Buchdrucker und Schriftsetzer 1080, Büchsenmacher 5, Bureauangestellte 27, Bürsten- und Kammmacher 42, Chemiker 3, Cigarrenmacher 18, Konditoren 75, Dachdecker 15, Elektrotechniker 4, Fabrikanten 5, Färber 7, Feuerwehrlente 5, Former 359, Galvaniseur 7, Gärtner 42, Gastwirthe 8, Gastwirthshilfen 118, Glaser 61, Goldarbeiter 152, Graveure und Celeste 53, Gärtler 98, Handwerksarbeiter 13, Händler 85, Handschuhmacher 27, Hausdiener 215, Holzarbeiter 1790, Putzmacher 33, Instrumentenmacher und Orgelbauer 13, Kammerjäger 1, Kaufleute 389, Krankenpfleger 22, Kupferhammer 294, Kürschner 16, Kutscher 18, Landwirthe 10, Lederarbeiter 132, Lehrer 6, Lithographen und Stein drucker 117, Maler 398, Maschinenisten und Heizer 27, Maurer 312, Mechaniker 257, Metallarbeiter 1731, Möbelpolirer 17, Monteur 35, Müller 35, Musiker 25, Photographen 15, Porzellanarbeiter 16, Postfeulleiter 8, Posamentierer 14, Redakteure und Schriftsteller 18, Rentnerempfänger 5, Rohrleger 17, Sattler 309, Schauspielers 11, Schlichter 83, Schleifer 52, Schmiede 147, Schneider 409, Schneiseisenfeger 3, Schriftsetzer 23, Schuhmacher 304, Seelente 8, Sellaer 5, Souffleur 1, Steinmetze und Steinbauer 60, Stufentateur 35, Studenten 3, Tapezierer 252, Tischler 22, Tischlerarbeiter 54, Tischler 134, Uhrmacher 39, Bergolder 104, Wärmepfer 3, Xylographen 2, Zeichner 14, Zimmerer 209.

Die Bilanz des ganzen Unternehmens schließt pro 1901 mit einem Verlust von 10 922,15 Mk., indem einem Ueberschuß von 4538 95 Mk. Abgrenzungen in der Gesamtschöpfung von 15 461,10 Mk. gegenüberstehen. Trotz dieses ungünstigen Ergebnisses sehen die Gewerkschaften nicht trübe in die Zukunft. Die Möglichkeit eines besseren Geschäftsganges hängt nicht nur von dem Nachlassen der Krise ab. Die Erkenntnis von der Bedeutung des Gewerkschaftshauses als eines Mittelpunktes für die Arbeiterbewegung, die auch bei der Arbeitslosenzählung wieder zu Tage getreten ist, muß sich immer mehr in der Berliner Arbeiterschaft Bahn brechen. Zu beklagen ist, daß viele sich von dem Besuch des Hauses abhalten lassen, wenn die Einrichtungen nicht voll und ganz ihren Wünschen entsprechen, statt zu bedenken, daß erst bei vollem Verkehr die Bedeutung von Abänderungen erkannt und die materielle Grundlage für ihre Durchführung gegeben werden kann. Eine Reihe von Änderungen, die namentlich den Restaurantverkehr weitesten Kreisen ermöglichen soll, wird noch im Laufe des kommenden Monats durchgeführt werden, so die Einrichtung eines Buffets im Abgangsbereich im Vorderraum des Restaurants. Die neuen Ventilationseinrichtungen im Restaurant und den Sälen des Selterflügels bewähren sich glänzend. Die Beleuchtungseinrichtungen im Saalbau sind jetzt so vervollständigt, daß die vielfach empfindenen Sitzungen durch Einbringen neuer Kohlen in die Bogenlampen z. v. v. vermieden sind.

Wir theilen nicht die Befürchtungen Einzelner, daß das Berliner Gewerkschaftshaus stets weniger Berücksichtigung seitens der Arbeiterschaft finden würde, als ähnliche Einrichtungen in anderen Städten, weil der Berliner Arbeiterschaft die Schaffung des Hauses zu leicht gemacht worden sei; wir hoffen vielmehr, daß die organisierte Arbeiterschaft es durch immer regere Theilnahme der Gesellschaft ermöglicht, das Unternehmen zu einem mustergültigen in jeder Beziehung auszugestalten,

wie es dem Vorort der modernen deutschen Arbeiterbewegung zukommt.

Im Anschluß an obigen Bericht möchten wir nicht unterlassen, einige Worte über das zukünftige „Generalquartier“ der organisierten Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen zu schreiben.

Doch schon Charlottenburg mit seinen 190 000 Einwohnern zu Berlin gerechnet werden kann, so liegen da die Verhältnisse in Bezug auf das Leben in der Arbeiterbewegung doch wesentlich anders, als wie im eigentlichen Berlin. Trotzdem Charlottenburg mit seinen vielen Millitären, Staats- und allen möglichen Beamten, im Nachstade durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten ist und in jüngster Zeit eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Vertreter in dem Stadtparlament ihren Einzug gehalten haben, so hat die Arbeiterschaft Charlottenburg innerhalb der letzten 15 Jahre doch immer mit Schwierigkeiten bezüglich der Verhältnisse lokale zu kämpfen gehabt. Und das nicht etwa, weil Säle nicht vorhanden wären, sondern weil die Arbeiter derselben, die sonst auch die Arbeitergroßen zu schätzen wissen, einfach die sozialdemokratische Bewegung durch die Hingabe ihrer Säle zu deren Versammlungen unterdrücken möchten. Selbstverständlich ist und wird ihnen das nie gelingen.

Aber das Bedürfnis nach passenden Räumlichkeiten zu Versammlungen und Arbeiterfestlichkeiten machte sich schließlich doch mehr und mehr bemerkbar, so daß die Partei daran denken mußte, in geeigneter Weise Abhilfe zu schaffen.

Das ist nun insofern geschehen, daß ein Bau hingestellt wurde, der die Lokalfrage für Charlottenburg ein für alle Mal regeln wird.

Die Hauptfrage war also die Schaffung von größeren und kleineren Räumlichkeiten zu Versammlungen zc. Auf der Rückseite des Grundstückes ist ein hübscher Bau aufgeführt, der einen großen Saal zu 1200, einen weiteren zu 400 und einen solchen 250 Personen in sich birgt. Daß dabei die röhigen Buffets und Küchen räumlichkeiten nicht vergessen, überhaupt alles nach den neuesten Errungenschaften der Bautechnik und Kunst angeordnet wird, läßt sich denken. Im Vorderhaus befindet sich eine prächtige Restauration, die erste Etage besteht die Charlottenburger Krankenkasse, deren Verwaltung bei 24 000 Mitgliedern ebenfalls in Händen der Charlottenburger Arbeiterschaft ist. Die übrigen Etagen sind zu Privatwohnungen aussersehen.

Im das Vorderhaus schließt sich ein Selterflügel an, in welchem sich zwei Treppen hoch vom 1. April ab das Verbandsbureau (2 Zimmer) als auch die Redaktion der „Amesse“ (ein kleines separates Zimmer) niederlassen wird.

Die übrigen Räume im Selterflügel sind ebenfalls Privatwohnungen und werden ab 1. April der Verbandsvorsitzende, Schriftführer und Kassier, ebenso ein Verbandsrevisor ihren Wigwam darin aufschlagen. Zwischen Vorderhaus und Saalbau wird überdies ein größerer Garten hergerichtet.

In Charlottenburg domizilieren Vorstände von Zentralverbänden nicht, es konnte deshalb nicht davon die Rede sein, das Haus ähnlich dem Berliner Gewerkschaftshaus mit Bureau einzurichten. Von Gewerkschaften sind es die Porzellaner allein, die ihr Bureau darin aufschlagen, der Name „Gewerkschaftshaus“ ist deshalb auch nicht angewandt. Das Haus wird vielmehr den Namen „Charlottenburger Volkshaus“ erhalten. Alles in Allem wird die Charlottenburger Arbeiterschaft stolz auf das durch eigene aufzubringende Mittel hergestellte Haus sein können und es steht zu erwarten, daß den Genossen derselben zum Teil, der Verkehr in diesem Volkshaus ein sehr lebhafter sein wird.

Da die Druckerei unserer Organe sich auch in Charlottenburg befindet, so freut sich besonders der Redakteur darauf, nach dem 1. April der Eisenbahnfahrten vom Nordwesten (Wohnung) nach dem Südosten, auch der sich in der Woche einigemal röhig machenden Eysenbahn von Berlin nach Charlottenburg entziehen zu sein. Das geht nach dem 1. April alles in kürzerer Zeit per pedes.

Hoffen wir, daß nun das Heim des Bureaus der Porzellanarbeiter ein dauerndes sein möge (seit 1892 macht Schreiber dieses nun schon den 4. Umzug mit) und daß die Organisation dauernde Fortschritte macht.

Vom 1. April ab sind also Briefe an das Verbandsbureau resp. Vorsitzenden Wollmann, Schriftführer Schneider, Kassier Herden nach Charlottenburg, Rosinenstraße 3, Selterflügel 2 Treppen zu richten, ebenso Zusendungen an die Redaktion und Expedition der „Amesse“ (N. Sahn) nach Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

— **Wirtschaftliche Rundschau.** Die Krise der Produktion zeigt sich zwar jetzt einigermassen. Die Zählungen der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften, die Berichterstattungen der großen Aktiengesellschaften und der Unternehmerorganisationen enthalten die Größe des Produktionsverfalles in immer gleicher Proportionalität. Andererseits ist das Bild der Verwüstungen bei Witterung ein so einheitliches, wie man es von früheren Krisen gewöhnlich entworfen hat und wie man es allgemein, von allen kommenden Krisen, nach früheren

Erfahrungen und theoretischen Ableitungen zu entwerfen geöhnt war.

Die internationale Verteilung des Wirtschaftslebens hat ihre Reifezeit darin, daß auch das Reisefieber nicht mehr bloß das einzelne Land — wie in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wesentlich nur das industrielle England —, sondern ganze Länderkomplexe und schließlich die ganze zivilisierte Welt schüttelt. Aber diese einheitliche Wirkung differenziert sich auf das Mannigfaltigste, je nach den eigenartigen Verhältnissen und Entwicklungsbedingungen des einzelnen Wirtschaftsgebietes; sie wird in manchen Ländern durch ausnahmsweise örtliche Sonderumstände vollständig ausgeglichen, ja in ihr Gegenteil verkehrt, und das fortgesetzte, ununterbrochene Gedrängen in dem Ausnahmefalle wirkt alsdann durch fortlaufende Einfuhransprüche auch auf die darniederliegenden Herde des Risikenausbruchs belebend und milderns zurück — wenn die Belebung nicht auch nur vereinzelte Industriezweige nicht die Gesamtindustrie berührt und dem sonstigen allseitigen Rückgang bei Weitem nicht Einhalt zu gebieten vermag.

So hat noch während des ganzen Vorjahres die amerikanische Union einen regen „Unternehmensgeist“ entfaltet, während sich bei uns in Deutschland niemand mehr mit Plänen und Projekten hervorwagte und jeder froh war, wenn er die alten Geschäfte ohnallzuschwere neue Verluste abwenden konnte. Im Herbst 1899 ging gerade von Amerika der erste wichtige Rückschlag gegen die frühere Hochkonjunktur aus. Doch wider Erwarten hielt drüber über dem Ocean während des Jahres 1901 ein flotter Geschäftsgang an, der in immer hochliegenden wirtschaftlichen und politischen Strebezelen seinen Ausdruck fand.

So hat sich, um nur einen charakteristischen Beleg anzuführen, 1901 der Bankverkehr in den Vereinigten Staaten so rege gestaltet, wie nie zuvor, und die Berechnungen der Clearinghäuser (der gegenseitigen Ausgleichsrechnungen der Bankinstitute) erreichten, soweit die Berichte vorliegen (aus 101 Städten), mit der Summe von 117 992 741 570 Dollars eine Höhe, welche die vorjährige um rund 38, die von 1899 um 26, die von 1898 um 72 pCt. übertrifft und mehr als doppelt so hoch ist, als im Jahre 1897 und in den Vorjahren bis 1893. Die Berechnungen im letzten Jahrzehnt stellten sich folgendermaßen:

Jahr	Mil. Doll.	Jahr	Mil. Doll.
1901	117 993	1896	50 932
1900	85 749	1895	53 028
1899	93 595	1894	45 396
1898	68 500	1893	54 020
1897	57 085	1892	61 902

New-Yorks Clearinghaus hatte allein Verrechnung von 79 428 Millionen Dollars gegen 52 634 Millionen Dollars im Vorjahre zu bewältigen, also eine Zunahme von 51 pCt. aufzuweisen, infolge der bedeutenden Spekulationsgeschäfte in der ersten Zeit des Jahres. Die nächstgrößte Vermehrung der verrechneten Summen zeigte sich in den Städten des Südwestens, unter denen St. Louis mit einer Gesamtverrechnung von 2271 Mill. Dollars gegen 1889 Mill. Dollars im Jahre 1900 oder mit einem Zuwachs von 34,4 pCt. hervorragte. Die übrigen Städtegruppen vermehrten ihre Bankumläufe um 13—21 pCt., mit Ausnahme derjenigen der Südstaaten, für welche in Folge des niedrigen Baumwollpreises und der daraus erwachsenen Beeinträchtigung aller Geschäfte nur ein mäßiger Gewinn gegenüber dem Vorjahre festgestellt wurde.

Daß diese günstige Sonderstellung Amerikas manchem europäischen Exportgewerbe zu Gute kam — direkt durch amerikanische Bestellungen, indirekt durch Wegfall eines sonst zu befürchtenden amerikanischen Schleudereports — ist ohne Weiteres einleuchtend.

Andere Wirtschaftsgebiete können gleichfalls jenen Augenblick als krisenmildernde Faktoren auftreten. Wer vermöchte heute schon abzuschätzen, welche Ansprüche an die europäische Elektrotechnik, Maschinenindustrie, an Kapitalanlagen aller Art die Rückkehr des Friedens in Südamerika mit einem Schläge ausüben konnte, während die Ansprüche der englischen Kriegsverwaltung auf Jahre hinaus noch weiter enorme bleiben müssen, da die ungeheuren südafrikanischen Landstriche fast ebenso schwer zu halten sein werden, wie sie zu gewinnen waren. Auch andere Erdstriche, auf denen die kapitalistische „Weltpolitik“ sich gegenwärtig mit Vorliebe sammelt, können mitten in der Periode der Abschwächung mit großen Bestellungen für Eisenbahn- und Hafenaufbau, für industrielle Unternehmungen aller Art herantreten.

So werden an den verschiedensten Stellen des internationalen Wirtschaftskreises Gegenströmungen lebendig, die dann mit einem Male bei uns für nicht unbeträchtliche Industriezweige das Bild des Niederganges verdrängen und hier und da gänzlich verändern. In der That haben wir im Augenblicke manche Branchen, die — wie in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie — mit Überstunden arbeiten, um den momentanen Bestellungen genügen zu können. Die Herrlichkeit wird nicht ewig währen. Aber die „immer schärfere Zuspitzung“ der Krise verläuft auch nicht so einfach und folgerichtig, wie man das früher verkündigt und überall geglaubt hat. Und für die praktische gewerkschaftliche

Arbeit könnte es gar nichts Bähmenderes geben, als wenn man nur die niederdrückenden Faktoren immer wieder hervorheben wollte. Es bleiben deren auch so noch reichlich genug; sie sind indessen nicht die einzigen entscheidenden Faktoren.

Zu den mancherlei Gegenständen, welche die sich ausbreitende Internationalität des Wirtschaftslebens dem allgemainen Niedergang bietet, tritt weiter die eigenartige Stellung, die dem Bedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Staaten und des Reiches — wie es sich im letzten und mehr mit der kapitalistischen Entwicklung — zuzurechnen ferner noch gewisse produktionsfördernde Kräfte, die gerade durch die Krisis selber gewickelt und gestärkt werden.

In Preußen fiel im Vorjahre die sogenannte Sekundärbahnvorlage aus — theils wegen der Kanalwitten, theils wohl auch, weil die Vorarbeiten noch in die teuerste Zeit fielen, die der Finanzverwaltung ein langsameres Zümaß nahe legten. Dafür ist die jetzige Vorlage um so umfangreicher geworden. Der Mitte Februar dem Abgeordnetenhaus zugegangene „Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung und Bervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Beteiligung des Staates am Bau von Nebenbahnen“ ermächtigt im § 1, insgesammt 128 286 330 Mk. zu verwenden, und zwar 1. zur Herstellung von Eisenbahnen und Beschaffung der für dieselben erforderlichen Betriebsmittel 91 795 000 Mk.

2. Zum Erwerb des Eigentums der Nebenbahnen von Dittow nach Stalmitz: 1 104 188 Mk., des Eisenberg-Großener Eisenbahn-Unternehmens 622 087 Mk., der schmalspurigen Nebenbahnen von Salungen nach Bacha und von Dorndorf nach Kallennordheim 1 374 075 Mk., zusammen 3 100 330 Mk. — 3. 8 310 000 Mk. zu verschiedenen Bauausführungen. — 4. 5 081 000 Mk. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau mehrerer Eisenbahnen. — 5. 20 Millionen Mark zur Förderung des Baues von Nebenbahnen. Auch über die Anschaffungen der preussischen Eisenbahnverwaltung liegen jetzt für das Etatsjahr 1902 (Anfang April 1902 bis Ende März 1903) genauere Mittheilungen vor: Der gesammte Bedarf an Lokomotiven (der also bis Ende März 1903 tiefer lag) beläuft sich auf 787 Lokomotiven verschiedener Gattung, der gesammte Bedarf an Personenwagen für den gleichen Zeitraum auf 1214 Wagen, der an Gepäcks- und Spezialgüterwagen für den gleichen Zeitraum auf 1013 Wagen, wovon ein Theil bereits in den nächsten Tagen zur Auslieferung gelangt und der an Güterwagen für allgemeine Zwecke bis Ende Oktober 1902 auf 4200 Wagen, deren gesammte Auslieferung in diesen Tagen erfolgt. Insgesamt belaufen sich die Anschaffungskosten für das vorgenannte rollende Material auf 82 Millionen Mark. An die letzte Bestellung wird sich noch die weitere Beschaffung von etwa 3600 Güterwagen für allgemeine Zwecke rechnen, die bis Ende März 1903 lieferbar sind und deren Kosten etwa 10 Millionen Mark betragen. — Ähnlich wie Preußen haben andere Staaten ihre Arbeiten und ihre Bestellungen vermehrt, haben die Gemeinden Bauten in Angriff genommen.

Es könnte auf diesem Gebiete sicherlich noch viel mehr geschehen, und selbst wenn alles Wünschenwerthe zur Wirklichkeit würde, könnte es — wie wir früher einmal ausführten — noch lange nicht die produktionsregende Wirkung ausüben, von der Staats- und Raubverlokalisten zuweilen geträumt haben. Doch andererseits muß man zugestehen: wenn alle diese Verkehrs- und Kulturwerke der Privatpekulation überlassen geblieben wären, so wäre gegenwärtig auch auf diesem Gebiete — wie wir das bei manchen, rein privaten Kleinbahngesellschaften sehen — der Krach und die Ruthlosigkeit herrschend; statt der Mehrbestellungen hätten wir auch hier die Einschränkung und vielfach geradezu die Liquidation und den Konkurs. Auch wenn die öffentlichen Unternehmungen in ihrer Lohnpolitik noch so kurzichtig sind — Manches hat sich auch hier mit der Zeit gebessert —, so wirken sie doch in ihrer Rolle als industrielle Auftraggeber mit ihrem „produktiven Konsum“, der den sonstigen Konsumnachrang nicht mitzumachen braucht, zweifellos als krisenmilderndes Element, das ehemals in solcher Stärke nicht vorhanden war. (Schluß folgt).

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Die am 8. März stattgefundene Zahlstellen-Versammlung war von 55 Mitgliedern besucht. Zunächst erfolgte die Aufnahme zweier neuer Mitglieder und wird daran anschließend beschlossen, in Zukunft bei Aufnahme von auswärts hier in Arbeit getretenen Kollegen die Frage zu stellen, durch welche Vermittelung sie den hiesigen Arbeitsplatz erhalten haben. Die Lohnkommission berichtet über verschiedene ihr zur Entscheidung überwiesene Arbeiten und sind dieselben durch Kenntnisaufnahme erledigt. Der Arbeiteramtskolonne werden auf Antrag der Verwaltung 5 Mk. überwiesen. Betreffend des Vorkommnisses, daß ein von Außerhalb auf Annoncen zugereister Kollege sehr schlechte Erfahrungen gemacht und sich die Fälle in letzter Zeit sehr vermehrt haben, indem Kollegen aus anderen Orten mit Umgehung des Arbeitsnachweises, hier Arbeit genommen haben, empfiehlt die Verwaltung beim Vorstand den Antrag zu stellen, daß in keinem Falle nach hier Fahrtkosten zu bewilligen sind,

wenn das betreffende Mitglied sich nicht bei unserem Arbeitsnachweis vorher erkundigt oder durch denselben die Stellung erhalten hat. Nach längerer Debatte wird beschlossen, die diesbezüglichen Anträge an die General-Versammlung zu stellen, indem dadurch die Bestimmungen statutarisch festgelegt und auch die Arbeitsnachweissfrage erledigt werden könne. Sodann wird beschlossen, die Anträge für den 1. Februar 1903 zu mieten und auch im November d. J. mit anderen Vereinen zusammen eine Vorstellung zu veranstalten. Die Lohnkommission legt bekannt, daß sie am 1. April die statistischen Fragebogen wieder versenden wird und bittet um die Adressen der weiblichen Berufsangehörigen, um in nächster Zeit eine größere Agitation unter denselben entfalten zu können. Ebenso sollen die Adressen der Firmen genauer angegeben werden. Desgleichen wird auf die Flugblätter der General-Kommission hingewiesen und um weitestehende Verbreitung gebeten. Der Kollege giebt den Abschluß vom 4. Quartal zur Kenntniß. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 539. Der Malerei-Inhaber Hertwig hat sich einem Mitglied gegenüber wegen der über sein Geschäft verhängten Sperre beschwert und soll mit demselben in Gegenwart der dort in Arbeit gestandenen und noch dort arbeitenden Kollegen nochmals verhandelt werden. Auf eine Anfrage letzterem einiger Mitglieder wird beschlossen, die Feier des 1. Mai wiederum gesondert zu begehen. Sodann wird an der Hand eines Vorkommnisses über die Ueberstundenarbeit diskutiert und ein Antrag, demnach diese Preise auf die Tagesordnung zu setzen, der Verwaltung überwiesen. Sodann referierte Kollege Punkt über die von der Verwaltung vorbereiteten Anträge zur General-Versammlung und entstehen über einzelne derselben längere Diskussionen. Beschlüssen wird, die Anträge, welche sich mit der Sanierung der Kassenverhältnisse betreffen, sämtlich anzunehmen und dem Vorstande einzuliefern. Die Anträge folgen unten. Bei der Beratung erfolgte die Aufstellung der Kandidaten für die Zahlstelle und werden die Koll. Punkt, Reich und Löhrner vorgeschlagen. Es erhalten: Punkt 39, Reich 37 und Löhrner 24 Stimmen; die ersteren beiden sind demgemäß von der Zahlstelle als Kandidaten aufgestellt. Aldann wird beschlossen, am 22. März eine Versammlung zu veranstalten, welche sich mit der Statutenberathung weiter befassen soll.

Anträge Berlin II.

1. Die Beiträge sollen mit Ausschluß der 4 Markstufe in allen Klassen um 5 Pf. erhöht werden.
 2. Die Unterstützung ist in allen Klassen von der 8 Markstufe an um 1 Mk. zu kürzen.
 3. Die Dauer der Unterstützung nach beendeter Karenzzeit ist im 1. Jahre auf 8 Wochen, im 2. Jahre auf 9 Wochen, im 3. Jahre auf 10 Wochen u. s. w., bis sie im 6. Jahre die Höchstdauer von 13 Wochen erreicht, festzusetzen.
 4. Die Prämien für 5- und 10-jährige Mitgliedschaft sollen aufgehoben werden.
 5. Die Karenzzeit soll 18 Monate betragen.
- Motiv der Anträge 1—5: Sanierung der Kassenverhältnisse.
6. Der § 29 ist in der Fassung des Statuts vom Jahre 1899 wieder herzustellen, nur sollen die Funktionen des Schlichtergerichts dadurch genauer präzisirt werden, daß hinter den Worten: „Das Schlichtergericht hat alle Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes“ eingefügt wird: „Betreffend Karenzzeit, Unterstützungs-berechtigung, Unterstützungshöhe und Unterstützungsdauer der Mitglieder“ etc.

Begründung: Zur Schaffung einer Beschwerdeinstanz haben ursprünglich nur Unterstützungsfragen die Veranlassung gegeben und auch hat wollen die meisten Befürworter einer solchen Instanz doch weiterhin nicht, als ihre Unterstützungs-Berechtigung durch eine solche Nachprüfungsstelle möglichst sicher stellen. Dem entspricht die vorgeschlagene Fassung, die auch in allen anderen Fragen dem Vorstand die erforderliche Aktionsfähigkeit wieder giebt.

Fürstberg (Wfer). Berichtung. In dem Agitationsbericht von Düsseldorf ist die hiesige Zahlstelle mit 142 Mitgliedern angegeben. Thatsächlich sind es bei Ausfüllung des Fragebogens nur 101 Mitglieder gewesen, es muß der Fehler bei Angabe der Dreher unterlaufen sein, daß in Rubrik 1 die Dreher insgesammt und dann in Rubrik 2 und 3, wieviel arbeiten auf Schubscheibe oder an der Maschine, doppelt gezählt wurden. Meines Erachtens nach, ist die erste Frage in dem Fragebogen überflüssig.

G. Danna, Vertrauensmann.

Bahla. In der am 8. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung waren 123 Mitglieder anwesend. Man sieht, wie wenig Interesse die Mitglieder an ihrer Organisation haben. Da die Versammlung sehr viel innere Angelegenheiten zu erledigen hatte und nicht näher auf die nächste Generalversammlung eingehen konnte, wurde beschlossen, eine außerordentliche Zahlstellenversammlung für Sonnabend, den 15. März einzuberufen, welche sich nur mit Aufstellung von Kandidaten und über etwaige zu stellende Anträge zur Generalversammlung zu befassen hat. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Genossen, recht eifrig dafür zu agitiren, daß Alle erscheinen. Gilt es doch mitzuarbeiten für die bevorstehende Generalversammlung.

Käferthal-Maintheim. In der am 2. März abgehaltenen Versammlung, welche von 23 Mitgliedern besucht war, wurde über die vom Vorstand ausgeschriebene Mitglieder-Abstimmung abgestimmt. Die üblichen 2 Vorfragen wurden einstimmig verneint und die dritte Frage einstimmig angenommen. Zu der General-Versammlung beschloß die Zahlstelle den Antrag zu stellen: „Der § 6, Punkt 3 des Statuts soll den Zusatz erhalten: Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich nach der 52 abentheiligen Mitgliedschaft seinem Verdienste entsprechend höher zu versichern“. Begründung: Durch das Anheimeitellen der Höherversicherung bleibt die größte Anzahl der Genossen in der niedrigsten Stufe versichert, bis sie die Aussicht auf eine bevorstehende Differenz und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zwingt, sich höher versichern zu lassen, um auf eine höhere Unterstützung Anspruch zu haben. Jedes zielbewußten Genossen heilige Pflicht ist es, nicht im letzten Momente der erkannten Gefahr erst seine Haut zu schützen, sondern sofort von dem Zeitpunkt an, wo ihm dies statutarisch zur Möglichkeit wird, von seinem üblichen Verdienste auch die entsprechenden Beiträge an die Kasse zu entrichten, um hierdurch das Gesamtwohl Aller zu fördern. Da dies bis jetzt zu wenig beherzigt worden ist, sollte es zur statutarischen Pflicht jedes Einzelnen werden. — Im Punkte „Bericht-denes“ wurde beschlossen, daß Statuten der Zahlstellen-Versammlungen für die Folge nur in Versammlungskalender der A. 14 Tage vor dem jeweiligen Stat finden derselben bekannt zu machen und von dem j. h. üblichen Birtulare ganz Abstand zu nehmen, da die einzelnen Mitglieder der Zahlstelle zu zerstreut in der Umgegend sich befinden.

Marktleuthen. Die Zahlstellenversammlung vom 1. März war von 19 Mitgliedern besucht. Nachdem geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, kam ein Antrag zur Diskussion und wurde einstimmig angenommen, daß ein Situationsbericht an den Verbands-Vorstand über die Verhältnisse in der hiesigen Porzellanfabrik eingesandt event. die Sperre über dieselbe verhängt wird. Der Bericht soll von je zwei Drechern und Malern ausgearbeitet werden. In nächster Zeit soll eine Porzellanarbeiterversammlung stattfinden, zu welcher auch die Berufsgenossen eingeladen werden sollen.

Roda bei Jmenau, den 1. März. Am vergangenen Sonnabend fand hier eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, welche einigermaßen gut besucht war. Genosse Hoffmann-Jmenau hielt einen 1 1/2 stündigen Vortrag und beleuchtete in klarer und ausführlicher Weise die wirtschaftliche Krise. Diese habe jetzt einen Umfang angenommen, wie sie die vorhergehenden nicht zu verzeichnen hatten. Die letzte große Krise, die im Jahre 1874 einsetzte und sich bis Ende der 80er Jahre erstreckte, hatte diese lange Dauer zum Theil dem Sozialistengeist mit zu verdanken, weil dadurch die Kaufkraft des deutschen Arbeiters wesentlich eingeschränkt wurde. Nach einer kurzen, günstigen Konjunktur von 1889—1891 folgte wieder ein Rückgang bis 1894, der im Wesentlichen in den portugiesischen und argentinischen Zahlungseinstellungen seine Ursache hatte. Seit jener Zeit hatte die ganze Geschäftswelt, zum Theil begünstigt durch die günstigen Handelsverträge, eine vollständige Blüthezeit, die 1898 ihren Höhepunkt erreichte. Im April 1900 zeigten sich die ersten Störungen, denen auch bald die verschiedenen Krach's folgten. Rodner erläuterte hierbei die sogenannten Schachtelgesellschaften, durch welche auch kleine Leute schwer geschädigt wurden, glorierte auch die Fritzmeyer und Schwindeler berühmter Bankiers. Weiter führte er aus, daß die heutige Gesellschaft nicht in der Lage ist, die Krisen zu beseitigen, dies könne nur durch die Umwandlung der jetzigen in die sozialistische Gesellschaft erreicht werden. Zum Schluß forderte er die Anwesenden noch auf, sich Alle der Organisation anzuschließen und dieser treu zu bleiben, sowie auch die Arbeiterpresse in ausgiebigster Weise zu unterstützen. Großen Beifall erntete der Referent für seine pittoresken, trefflichen Ausführungen.

Stadtilm. Die am 9. März im Schlehhaus abgehaltene Zahlstellenversammlung wurde durch einen Vortrag des Gen. Hoffmann-Jmenau über „Eintheilung des Verbandes in Gaue“ interessanter gemacht. Derselbe schilderte in sachlicher Weise den Nutzen und die Vorteile der Gaueintheilung. Der Vortrag wurde von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen und stimmten folgender Resolution einstimmig zu:

Nach Anhörung des wohlüberdachten Vortrags über die Eintheilung des Verbandes in Gaue ertheilt die Zahlstelle Stadtilm einen Nutzen für die Organisation und ist gewillt, den von den Zahlstellen Jmenau und Uterpörlitz acceptierten Antrag zur Generalversammlung zu unterstützen. Nach wurde der Antrag Nürnberg (siehe A.) betreffs Verlegung des Schiedsgerichts nach Dresden für gut gehalten. Jedoch Antrag Dredrus, Abschaffung des Schiedsgerichts, nicht zugewillt. Die Zahlstelle ist der Ansicht, daß neben dem Hauptvorstand noch eine Berufungsinstanz bestehen soll.

Feiner wurde beschlossen, am Sonntag, 13. April eine Zusammenkunft der Zahlstellen des Wahlbezirks Stadtilm in Königsee, Gutshof „Kaiser Guther“, zu

veranstalten und sollen hierzu die Zahlstellen in Kenntniß gesetzt werden.

Briefkasten.

Saargom. Unter Kreuzband direkt von mir aus nicht, es ist aber möglich, daß Betreffender von der Post bezieht, deren Besteller mir unbekannt sind. — Mannheim. Der Schriftführer zeigt Versammlung für den 23. März, der Kassier solche für den 16. März an. Wer hat nun Recht? — Toni. Durch die Verwechslung mit Darmstadt hast Du demnach weniger solcher „Dinger“ erhalten. Sie gelten für alle unsere Mitglieder. Es folgen noch einige. — G. N. 13 944. Der Artikel ist eingegangen. Er bringt eigentlich wenig Neues und nur das, was über die Sache in jedem besseren Logikon steht. Immerhin kann er gelegentlich unterm Strich erscheinen und wird das, sobald Platz vorhanden ist, erscheinen.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 18. März Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Altwasser. Sonnabend, 22. März, Abends 8 Uhr, außerordentliche Zahlstellen-Versammlung. Stellung von Anträgen zur General-Versammlung. Ausstellung eines Kandidaten als Delegierten zu derselben. Bei der Wichtigkeit dieser Tagesordnung haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen.
 Herzberg. Sonnabend, 15. März, Abends 1/2 8 Uhr, außerordentliche Versammlung im Vereinslokal.
 Berlin II. Sonnabend, 15. März, Verwaltungssitzung bei Wolschläger. Sonnabend, 22. März, Zahlstellenversammlung ebendasselbst. Statutenberatung. Anträge zur General-Versammlung.
 Berlin-Neub. Montag, 17. März, Abends 8 Uhr bei Pjarr, Putzstr. 10. Anträge zur General-Versammlung. Ausstellung eines Kandidaten. Verschiedenes. Es wollen sämtliche Mitglieder erscheinen.
 Bonn-Poppelsdorf. Sonntag, 16. März, Vormittags 9 Uhr bei W. Fajbender, Bonn, Kasernenstraße 16. Wichtige Tagesordnung.
 Budau. Sonnabend, 15. März, Abends 6 Uhr im Vereinslokal, Dorotheenstr. 14. Vortrag des Gen. J. Westphal über: Der Werth des Kartells in der Gewerkschaftsorganisation.
 Charlottenburg. Sonnabend, 22. März, außerordentliche Zahlstellen-Versammlung bei Wernick, Bismarckstr. 34. Beratung der Anträge zur General-Versammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
 Frankfurt-Offenbach. Sonnabend, den 15. März, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt, 2. Stock, Zimmer 8.
 Freienort. Sonnabend, 22. März im „Saalthal“ zu Nischhausen. Erscheinen aller Mitglieder dringend nöthig.
 Fürstenberg a. D. Sonnabend, 15. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Gräfenh. Samstag, 16. März, Nachmittags 3 Uhr im Schützenhaus. Kassieren der Beiträge. Außerordentlich wichtige Tagesordnung.
 Gräfenhain. Sonnabend, 22. März im Vereinslokal.
 Jmenau. Sonnabend, 15. März im Restaurant „Zum Schpreitz“.
 Kahla. Sonnabend, 15. März, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“. Ausstellung von Kandidaten und Anträgen zur General-Versammlung.
 Kronach. Sonnabend, den 15. März, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Vortrag des Gen. Seemann über: „Der wirtschaftliche Niedergang, dessen Ursache und Wirkung“. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, alle zu erscheinen.
 Martroda. Sonnabend, 22. März, Abends 1/2 9 Uhr im Gasthaus „Zum Thüringer Wald“. Tagesordnung: Delegiertenwahl. Stiftungsfest.
 Mannheim-Käferthal. Sonntag den (?), Nachmittags 3 Uhr bei Alles, „Zur Vorstadt“.
 Meisen. Sonnabend, 22. März, Abends 8 Uhr im Restaurant „Thurnhaus“. Außerordentliche Zahlstellen-Versammlung. Stellungnahme zur General-Versammlung. Ausstellung eines Kandidaten.
 Nürnberg. Sonnabend, 22. März im „Felsacker“, Ecke Felsacker- und Fabrikstraße. Wichtige Tagesordnung.
 Oberhausen. Sonnabend, 15. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Oerläditz. Sonntag, 16. März, Nachmittags 3 Uhr im „Kaiser Guther“.
 Pforzheim. Donnerstag, 20. März, Abends 1/2 9 Uhr im „Stuttgarter Hof“. Wichtige Tagesordnung. Alle erscheinen.
 Probstzella. Montag, 17. März, Abends 8 Uhr außerordentliche Zahlstellen-Versammlung im Vereinslokal.
 Regensburg. Sonntag, 16. März außerordentliche Versammlung wegen Vertrauensanerkennung. Schebewitz. Sonnabend, 15. März, Abends 7 Uhr im Restaurant „Zum Gambinus“. Alle kommen.

Schwab. Sonnabend, 15. März, Abends 7 Uhr bei Weger. Ausstellung eines Kandidaten zur General-Versammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Waldsassen. Sonnabend, 15. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Wunsiedel. Sonnabend, 16. März im Vereinslokal bei Klemeier. Wichtige Tagesordnung, deshalb werden alle Mitglieder ersucht zu erscheinen.

Goldschmiederei, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Röhre u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das daraus feine Gold mit 2 P. 60 Pf. abgekaut. Sendungen werden schnell erbeten

M. Haupt, Dresden-A. Hauptstr. 12.

Goldschmiederei

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
 Otto Hammann, Reutbahn i. Sachsen.

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.

Goldschmiederei

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
 Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.



Reelle schnelle Bed. Otto Seifert, Wickau, Marlstr. 31-33

Alle Sendungen von Gold u. Goldabfällen bedient äußerst schnell und reell
 Hermann Hammermüller, Niederplanitz i. Sach.

Achtung! 4. Agitationsbezirk.

Sonntag, den 16. März, Nachmittags 2 Uhr findet im Gasthof zum „Eisernen Kreuz“ zu Altwasser eine Vertrauensmänner-Konferenz des hiesigen Bezirks statt.

Tagesordnung: Gemeinsame Besprechung über Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. Alle Delegierten haben zu erscheinen.
 Die Agitationskommission des 4. Bezirks Altwasser.

Wolden. Sonntag, den 16. März, Nachmittags 1/2 2 Uhr findet im Restaurant „Friedensfels“ eine Öffentliche

Zahlstellen-Versammlung

statt.
 Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Mitglieder. Referent: Gen. Fischer-Nürnberg. 2. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen, auch sind Unorganisirte dazu höflichst eingeladen.
 Die Verwaltung.

Bekanntmachung!

Den Einzelmitgliedern der Zahlstelle Berlin II machen wir bekannt, daß die Zahlstelle Berlin II in der Versammlung am 8. März die Kollegen Carl Munk und Fern. Reich, beide in der Zahlstelle Berlin II, als Kandidaten für die Delegiertenwahl nominiert hat. Die Zahlstellenverwaltung.

Arbeitsmarkt

2 Glasmaler,

welche in besseren Dekoren für Schirme, Ampeln, Tulpen etc. tüchtigsten leisten, finden per sofort dauernde Beschäftigung bei der Firma J. L. Ruhn, Glasraffinerie und Lampenfabrik in Jelsau bei Rammz i. S. Offerten an Malermeister Fr. Slobor daselbst erbeten.